

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Aus der Elfenbeinturmperspektive

Zu „Auf den Zahn fühlen“ von Reinhard Müller (F.A.Z. vom 29. September): An dem jüngsten Aufreger zum Thema Merz, Asylbewerber und Zahnarztleistungen wird leider wieder deutlich, in welcher Blase Politiker und viele Journalisten leben. Nach dem großen Rundumschlag, die Merz-Aussage wäre purer Populismus, das gelte nur für Notfälle, haben zumindest in der zweiten Runde dann doch einige erkannt, dass nach 18 Monaten den Asylbewerbern die vollen Gesundheitsleistungen zustehen. Da aber fast alle Asylbewerber mangels Abschiebung de facto auf unbegrenzte Zeit hier sind, reduziert sich der Populismusvorwurf doch nur auf eine vermeintliche Wartezeit von 18 Monaten, bevor von ihnen dann tatsächlich die vollen Gesundheitsleistungen in Anspruch genommen werden können und werden. Wenn die Politiker einmal aus der Blase heraustreten und Journalisten nicht nur vom Redaktionstisch die Wirklichkeit beschreiben würden, sondern sich mal mit vielen Zahnärzten unterhalten würden, bekämen sie ein differenzierteres Bild.

In Deutschland leben mittlerweile Millionen von Einwanderern, die über das Asylsystem faktisch unbegrenzten Aufenthaltsstatus erlangt haben. Sie kommen überwiegend aus Ländern mit schlechter gesundheitlicher Versorgung, und dementsprechend haben sie

gerade im Bereich der Zähne nach dem hohen deutschen Stand auch einen furchtbar schlechten Zustand, sodass ihnen nach unseren Maßstäben im Gesundheitssystem eine aufwendige Sanierung zusteht. Gegenüber dem behandelnden Arzt wird dann häufig gesagt, sie hätten überall Schmerzen. Damit ist eine aufwendige Behandlung eingeleitet.

Mit den Populismusvorwürfen aus der Elfenbeinturmperspektive darf man sich nicht wundern, dass die AfD von immer mehr Menschen als diejenige wahrgenommen wird, die die Lebenswirklichkeit gerade im Bereich der Asylpolitik richtig darstellt, und die Politik und die meisten Medien nur ein vollkommen abgehobenes und wirklichkeitsfernes Weltbild vermitteln.

Das war auch schon bei dem Aufreger um die „kleinen Paschas“ so. Wenn man sich mit den Erziehern und Lehrern an Einrichtungen mit hohem Migrationsanteil unterhält, bekommt man die Merz-Beschreibung bestätigt. Aus der Perspektive des Elfenbeinturms wird sie aber vollkommen lebensfremd als populistisch diffamiert. Die AfD bedankt sich jeden Tag über diese die Wirklichkeit verleugnenden Populismusvorwürfe von Politikern und Medien.

DR. BERND LIEBEROTH-LEDEN, OSNABÜCK

Widerstand gegen das Genderprojekt

In seinem wieder einmal lesenswerten Beitrag „Schmutzige Waffen im Sprachkampf“ in der F.A.Z. vom 29. August liefert Fabian Payr eine zutreffende Analyse zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Befürwortern und Gegnern des genderorientierten Sprachgebrauchs. Diese findet nach Payr kaum noch auf der sprachwissenschaftlich-linguistischen Sachebene, sondern zunehmend auf einer persönlichen und unsachlichen Ebene statt. So werde den Kritikern des Genders unter anderem eine rechtskonservative (sogar rechtsradikale) und frauenfeindliche, ja sogar antidemokratische Gesinnung unterstellt.

War das Gendern anfangs eher ein universitäres Rand- oder Nischenthema, bestimmt es inzwischen das Sprechen und Schreiben in Schulen, Ämtern, Behörden und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Diese Institutionen pflegen und propagieren einen Sprachgebrauch, der gegen das geltende Regelwerk der deutschen Sprache verstößt. Nicht nur, dass er in sprachwissenschaftlich-linguistischer Hinsicht falsch ist; er wird auch, wie repräsentative Umfragen eindeutig belegen, von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Das Gendern bedient somit die Interessen einer Minderheit.

Der wichtigste Grundsatz der Demokratie, dass die Mehrheit bestimmt (und die Minderheiten Schutz genießen), wird hier wie in vielen Bereichen auch außer Kraft gesetzt. Kann sich ein Bürger nach Studienabschluss den Universitäten und (wenn er will) dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch entziehen, so ist das bei einer Behörde nicht der Fall. Im Verkehr mit den Bürgern Gendersonderzeichen wie Asterisk (Stern), Doppelpunkt, Unterstrich zu verwenden, ist – gelinde gesagt – skandalös. Hier fragt man sich, wer

eine zur Neutralität verpflichtete Verwaltung/Behörde ermächtigt, die deutsche Sprache eigenmächtig nach selbst gesetzten Regeln zu verändern. Weist man Befürworter des Genders auf Regelverletzungen durch Sonderzeichen und/oder sprachliche Fehler und Absurditäten hin (Mitgliederin; gebärende Person statt Mutter), so argumentieren sie, dass sich Sprache den Veränderungen in der Gesellschaft automatisch anpasst und erklären den Gendersprachegebrauch zum natürlichen Sprachwandel. Das ist mitnichten der Fall.

Vielmehr ist das Gendern ein gezielter Spracheingriff, der von Behörden und Institutionen mittels interner Gender-Leitfäden und Richtlinien vorangetrieben wird. Nachdem der für Sprachentwicklung zuständige Rat für deutsche Rechtschreibung sich als unwillig, ja unfähig erwiesen hat, fundierte und eindeutige Beschlüsse zum Gebrauch der Gendersonderzeichen zumindest für Schule und Verwaltung zu erlassen (siehe hierzu „Der Berg krebteiß und gebär ein Mäuschen“ von Lutz Götzke in der F.A.Z. vom 21. Juli), wird es auf den wachsenden Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung gegen das sperrige Genderdeutsch ankommen. In Hamburg und in Baden-Württemberg laufen bereits Volksbegehren gegen das Gendern im öffentlich-rechtlichen Raum. In Niederösterreich und in der Hertie-Stiftung sind Sonderzeichen bereits verboten. Auch weil sich die Gender-sprachregler in autoritärer, arroganter und besserwisserisch-belehrender Art und Weise gegen den Willen der Mehrheit stellen und sich vom sachlichen Diskurs verabschiedet haben, wird – so ist zu hoffen – dem Genderprojekt kein erfolgreiches Ende beschert sein.

WILHELM LOHNE, KÖLN

Angst vor Räufern

Zu „Die Entwicklung des Quadratmeterpreises“ (F.A.Z. vom 2. September): Danke für den Vorabdruck aus dem Buch „Eigentum“ von Wolf Haas zur Inflation und der Entwicklung des Quadratmeterpreises. Großartig, ein wundervoller Text! Da steckt sehr viel drin, was die ökonomischen, von widerkehrender Inflation geprägten Realitäten seit dem frühen 20. Jahrhundert mit ihren teils furchtbaren Auswirkungen auf die persönlichen Lebensumstände Einzelner anschaulich macht.

Genau um die Zeit deren Beginns, als nämlich ein Weltkrieg zu finanzieren war, wurde damit begonnen, sich Schritt für Schritt von der festen Wertdeckung des Papiergeldes zu verabschieden und folgerichtig die Institution von Notenbanken, die vordem weder vorhanden noch erforderlich

waren, zur Schaffung immer weiterer Noten zu etablieren. Es war ein Abschied vom Wesenskern des Geldes, denn Papiergeld war bis dahin, schon bei den alten Chinesen wie später bei den Europäern, von stetig wiederkehrenden Missbräuchen abgesehen, zu denen der Papiergelddruck Banken immer schon verleiten konnte, nie anderes gewesen als ein Besitztsein auf real vorhandenes Vermögen, das man allein aus Angst vor Räufern nicht ständig sichtbar mit sich führen, sondern deponieren wollte.

Nun, für den bedauernswerten Großvater in der Familiengeschichte des Autors war es sicher einerlei, ob er unter die Räuber geraten war oder ob „die Inflation gekommen und alles war hin“.

CHRISTIAN MEYER-LAURIN, BERLIN

Ich werde mich wehren

Zu dem Beitrag „Weniger Demokratie wagen?“ von Frank Decker (F.A.Z. vom 4. September): Als SPD-Mitglied seit fast 60 Jahren stimme ich den Bedenken von Professor Frank Decker gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode des Bundestages uneingeschränkt zu. In meinem Leben hätte das bedeutet, dass ich zweimal der einzigen wirklichen Chance der Mitverantwortung, die wir Bürgerinnen und Bürger haben, beraubt worden wäre. Decker nimmt an, dass die Abgeordneten und die Parteien der Verlängerung,

die für mich eine Verkürzung meiner Rechte wäre, zustimmen werden. Ja, die Parteien wohl. Nicht jedoch die Parteimitglieder. Die verlieren nicht nur Wahlchancen als Staatsbürger, sondern verlieren auch Wahlrechte bei der Auswahl der Kandidaten in den Parteien. Das ist für viele Mitglieder überhaupt ein Grund, Mitglied einer Partei zu sein. Auf die Proteste der Mitglieder der Parteien bin ich gespannt. Ich jedenfalls werde mich wehren.

ARMIN PETER, HAMBURG

POLITISCHE BÜCHER

Wenn Begriffe Karriere machen

Auch Wissen in Häppchenform kann erhellend sein. Zwei wichtige Bücher über das Großthema Flucht – wenn auch mit politischer Schlagseite.

Wer in den vergangenen zehn Jahren aufmerksam Zeitung gelesen und Nachrichtensendungen verfolgt hat, dem könnte der zunächst schleichende, dann immer schneller werdende Siegeszug eines Wortes aufgefallen sein. In der Berichterstattung zur Migration war da immer seltener von Flüchtlingen die Rede, obwohl doch gerade in Deutschland so viele Asylsuchende ankamen. Auch weltweit ist die Zahl der gewaltsam Vertriebenen sprunghaft angestiegen – auf zuletzt 110 Millionen. Das Blutvergießen Assads in Syrien, der Taliban-Putsch in Afghanistan, der russische Überfall auf die Ukraine: Das sind nur drei Gründe aus der jüngeren Vergangenheit. Und doch ist hierzulande immer seltener von Flüchtlingen die Rede. Ersetzt hat ihn immer häufiger ein anderes Wort: Geflüchtete. Dabei lehnt selbst das Flüchtlingshilfswerk UNHCR diesen Begriff als „abwertend“ ab, wie der Deutschland-Sprecher erst im Januar sagte. Flüchtling sei hingegen eine Art geschützter Begriff, der Genfer Flüchtlingskonvention sei Dank.

Auch Jochen Oltmer ist kein Freund des Wort austauschs. „Nicht das Wort ist das Problem, sondern die Zuweisung von Bedeutung im Kontext intensiver gesellschaftlicher Aushandlung“, schreibt er im „Report Globale Flucht 2023“, der nun jährlich erscheinen soll und zu dem mehr als 30 Fachleute aus der Wissenschaft Kapitel beigesteuert haben. Gesamteltes Wissen hat seine Vorteile. Zu meist etwa zehn, höchstens aber 20 Seiten sind die Kapitel lang. Wissen in Häppchenform, wenn man so will. Migrationsforscher Oltmer nimmt also die Leser mit auf eine kurze Geschichte der Begriffsentwicklung. Wann taucht das Wort Flüchtling erstmals auf? 1622 in einer Leichenpredigt. Wann erwähnt der Brockhaus den Begriff erstmals? Erst 1954. Und Oltmer erklärt, wie sich die Begriffsdefinition im Laufe der Zeit gewandelt hat.

Die meisten der anderen Autoren des Reports teilen seine Auffassung wohl nicht – und schreiben stattdessen von Geflüchteten. Das stört den Lesefluss freilich nicht, wohl aber die im ganzen Buch vorkommenden Genderdoppelpunkte, die in jüngerer Zeit im linksliberalen Milieu zunehmend den Genders-



Handfeste Fluchtursachen: Die zerstörte Stadt al-Meiha in Syrien

Foto dpa

ternen den Rang ablaufen. Nicht nur am Sprachgebrauch zeigt sich, dass der Report eine gewisse politische Schlagseite hat. Ein bisschen mehr Vielfalt in dieser Hinsicht würde der nächsten Ausgabe sicherlich guttun. Auch haben die Kapitel, trotz der realen Kürze, ihre gefühlten Längen. Zwar hat der Report einen Schwerpunkt zu den Folgen des Ukrainekriegs sowie eine Fluchtchronik zum vergangenen Jahr – man darf sich den „Report Globale Flucht 2023“ aber nicht als generelle Zusammenfassung eines Jahres vorstellen. Es mangelt auch (größtenteils) an Grafiken und Landkarten. Was nicht ist, kann in den nächsten Jahren ja noch werden. Gerade in dieser Zeit, in der sich in Sachen Flucht und Asyldebatten (EU, USA, Großbritannien) viel bewegt, könnte ein jährlicher Überblick, wenn er gut gemacht ist, sehr hilfreich sein. Ein Anfang aber ist gemacht, und der Report liefert, trotz der genannten Kritikpunkte, die eine oder andere Anregung.

Wirklich etwas für Spezialisten ist ein anderes Buch, das zuletzt erschien. In „Fluchtursachenbekämpfung“ blickt Judith Kopp auf den „langen Sommer der Migration“ zurück. Also auf 2015; das Jahr, in dem die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihren Wirschaften-das-Satz sagte. Kopp, von 2011 bis 2018 im Europareferat der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl tätig, zeichnet in ihrer Dissertation die Karrie-

re des Begriffs „Fluchtursachenbekämpfung“ nach, wovon vom Herbst 2015 an überall die Rede war. „Der Diskurs bot in einer Situation des Kontrollverlusts die Möglichkeit, Handlungsfähigkeit zu suggerieren: wenn Grenzkontrollen versagten, müsse das Problem nun ‚an der Wurzel‘ angegangen werden“, schreibt Kopp. „Es galt, Kontrolle über die Fluchtmigrationsbewegungen nach Europa zu erlangen.“

Plötzlich, so legt Kopp es gut dar, wollte nahezu alle Welt Fluchtursachen bekämpfen, darin waren sich vielleicht nicht ganz alle, aber doch die meisten politischen Denkschulen einig. Doch sie versuchten damit unterschiedliche Interessen durchzusetzen. Die einen wollten die Entwicklungszusammenarbeit finanziell stärken, die anderen privatwirtschaftliche Investitionen ermöglichen, wiederum andere eine Begrenzung des Zuzugs erreichen. Es sind vor allem diese drei Stränge, die Kopp ausmacht. Die Autorin nennt sie „linksliberales Hegemonieprojekt“, „neoliberales Hegemonieprojekt“ und „konservatives Hegemonieprojekt“. Zu Letzterem zählt Kopp unter anderem die F.A.Z.: „Auch zahlreiche Medien lassen sich als Machtressource des Hegemonieprojektes benennen, wie die Welt, die F.A.Z. oder die Bild in Deutschland.“

Wenn von „Hegemonieprojekten“ und „Akteur:innen“ die Rede ist, zeigt das schon: Die Buchsprache ist sehr akade-

misch, nichts für jeden. Es gibt auch viele Längen und Wiederholungen. Dass die „Hegemonieprojekte“ alle „Strategien“ gehabt haben sollen, klingt hochgestochen und ist doch zu vereinfachend. Kopp lässt keinen Zweifel, wo sie sich selbst in den Argumenten verortet. Einen unvoreingenommenen Überblick über den Diskurs erhält man so leider nicht. Das Thema aber bleibt wohl aktuell. Gut möglich, dass wir angesichts der aktuellen Migrationsbewegungen in den nächsten Monaten wieder häufiger das Wort „Fluchtursachenbekämpfung“ hören werden. Acht Jahre nach dem „langen Sommer der Migration“. TIM NIENDORF

Jochen Oltmer, Marcel Berlinghoff, Franck Düvell, Ulrike Krause, Andreas Pott (Hrsg.): Report Globale Flucht 2023.
S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2023. 288 S., 18,- €.

Judith Kopp: Fluchtursachenbekämpfung. Umkämpfte Migrationspolitik im Sommer der Migration 2015.
Transcript Verlag, Bielefeld 2023. 304 S., 45,- €.

Unabhängig und selbstverwaltet

Anna Machcewicz rekonstruiert die Gründung von Solidarność im August 1980

Die historische Bedeutung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność kann kaum überschätzt werden. Unterhört war bereits das Anliegen: Wie konnte in einem kommunistischen Staat, der für sich in Anspruch nahm, zuerst die Anliegen der Arbeiter und Bauern zu schützen, eine nicht staatlich kontrollierte Gewerkschaft entstehen? Wenn sich die Arbeiterschaft von unten selbst organisierte und für ihre Rechte kämpfte, bedeutete das gleichzeitig, dass der kommunistische Staat seine Raison d’Être verloren hatte. Die Gründung von Solidarność markiert den Anfang vom Ende des Sowjetsystems. In Danzig begann der Bankrott der roten Führung im Moskauer Kreml.

Die polnische Historikerin Anna Machcewicz legt nun eine detaillierte Analyse der Ereignisse vom August 1980 vor. Sie beginnt ihre Darstellung mit einem Vorlauf von zehn Jahren. Im Dezember 1970 kam es nach massiven Erhöhungen von Lebensmittelpreisen zu einem Streik, der sich schnell ausweitete. Die kommunistische Führung schlug die Proteste blutig nieder. Mindestens 45 Menschen starben unter den Schüssen der Sicherheitskräfte, 1100 wurden verletzt, 2300 verhaftet. Immerhin verstand das polnische Politbüro, dass der Erste Sekretär Gomulka nach der Erteilung des Schießbefehls nicht mehr zu halten war, und ersetzte ihn durch den pragmatischen Edward Gierek. Der neue Parteichef versuchte, die Konsumbedürfnisse der polnischen Bevölkerung zu befriedigen, scheiterte aber letztlich an den wirtschaftlichen Widersprüchen des kommunistischen Systems.

Die Lebensbedingungen der Werftarbeiter waren prekär und verschlimmerten sich Ende der Siebzigerjahre. Die kommunistische Führung kannte die Probleme und ließ sie sogar durch geheime Meinungsumfragen untersuchen. Die

Ergebnisse waren niederschmetternd: Im Februar 1980 hielten 46 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Situation im Land für schlecht. Im Juli waren es bereits 65 Prozent. Gleichzeitig gaben im Februar 1980 37 Prozent an, wenig oder gar kein Vertrauen in die Regierung zu haben, im Juli stieg diese Zahl auf 61 Prozent. Im Sommer 1980 gab sogar der Regierungschef in einem privaten Gespräch zu, dass die Wahrheit so schrecklich sei, dass man sie der Nation verschweigen müsse.

Die Arbeiterschaft in Danzig hatte bereits früher begonnen, sich zu organisieren. Sie konnte dabei auf Erfahrungen des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ in Radom und Ursus zurückgreifen. Besonders wichtig war dabei der Leitfaden „Wie man streiken soll“. Hier lernten die Arbeiter, konkrete, aber nicht exzessive Lohnforderungen zu stellen, sich kollektiv zu organisieren, kompromissbereit zu verhandeln und das Streikkomitee in eine ständige Arbeitervertretung zu überführen.

In Danzig übernahm der junge Historiker Bogdan Borusewicz die Koordination dieser Aufgaben – übrigens auch mit der Unterstützung der Kaczynski-Zwillinge. Er hatte sich schon früher von der romantischen Tradition der oppositionellen Geheimgesellschaften verabschiedet und verlegte sich nun auf die Organisation informeller Strukturen, intellektueller Netzwerke und alternativer politischer Foren. Durch ein möglichst offenes Vorgehen sollten die Zugriffsmöglichkeiten der Polizei ausgehebelt werden. Gleichzeitig war sich Borusewicz bewusst, dass er für lange Zeit das asketische Leben eines Mönchs führen musste, der keine Aussicht auf eine private oder berufliche Existenz im kommunistischen Staat hatte. In seiner politischen Arbeit achtete er darauf, seinem Gegner genügend Handlungsoptionen offenzulassen. Er kalkulierte auch eigene Rückzugs-

möglichkeiten ein. So warnte er etwa explizit vor Aufrufen zu einem Generalstreik, der eine sowjetische Intervention hätte provozieren können.

Als die aufmüpfige Kranführerin Anna Walentynowicz Anfang August 1980 kurz vor dem Erreichen ihrer Pensionsansprüche aus fadenscheinigen Gründen entlassen wurde, war dies der Startschuss zum Streik. Borusewicz wusste, dass er dem Protest ein Gesicht geben musste – und er wählte einen markanten Kopf mit einem weit ausladenden Schnurrbart aus. Es war ein Glücksfall für die Streikenden, dass der 36 Jahre alte Elektriker Lech Wałęsa die Gespräche mit der Betriebsleitung übernahm. Sein Charisma und sein rhetorisches Talent sicherten ihm die Unterstützung der Belegschaft der Werft. Außerdem galt er durch seinen authentisch gelebten katholischen Glauben als integer. Die Verhandlungen wurden unmittelbar über das Lautsprechnetz der Werft übertragen. Die Arbeiter konnten so ihren Beifall zu Wałęsas Positionen direkt äußern.

Es erwies sich als Vorteil, dass der Werftdirektor 1970 selbst gestreikt hatte und deshalb nicht taub für die Lohnproteste der Arbeiter war. Allerdings überstieg die zentrale Forderung der Gründung einer „freien Gewerkschaft“ seine Kompetenzen. Wałęsa hatte geschickt argumentiert, dass die Gründung neuer Gewerkschaften durch geltende nationale und internationale Gesetze erlaubt sei. Das Politbüro befand sich in einer schwierigen Situation. Gierek bemerkte bei einer Sitzung richtig, dass die Gründung einer „freien Gewerkschaft“ unabsehbare Folgen für Polen und alle anderen sozialistischen Länder nach sich ziehen könne. In der Not beschloss man sogar, den hoch angesehenen Kardinal Wyszyński zu kontaktieren. Allerdings beschied der Primas den Parteiführern, dass sie es möglicherweise nicht mit einem „Arbeiterprotest“, sondern mit einem „Bürgeraufstand“ zu tun hätten. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss. Die neue Gewerkschaft sollte nicht „frei“, sondern „unabhängig“ und „selbstverwaltet“ sein. Sie musste die Grundlagen der volkspolnischen Verfassung anerkennen, durfte nicht als politische Partei auftreten und musste die sozialistische Gesellschaftsordnung befolgen. Wenig später wurde Solidarność ins Leben gerufen.

Nach über zwei Wochen zähnen Ringens kam der Streik zu einem Ende. Wałęsa stand unter Zeitdruck: Die Streikenden hatten die ganze Zeit auf dem Werftareal ausgeharrt – das Essen, Schlafen oder auch nur Waschen musste improvisiert werden. Als symbolische Figur erschien Wałęsas Ehefrau mit ihrem neugeborenen sechsten Kind vor der Werft und erinnerte ihren Mann an seine familiären Pflichten. Auch die Lage der kommunistischen Führung wurde zusehends ungemütlich. Leonid Breschnew sandte zwei Briefe an Edward Gierek und forderte kaum verhohlen die Schließung der polnischen Westgrenze und ein militärisches Vorgehen gegen die Streikenden. Eine schon geplante Kommandoaktion, bei der eine polnische Armeeinheit Wałęsa hätte entführen sollen, wurde in letzter Minute abgeblasen. Fast schon prophetisch mutet die Einsicht Edward Giereks an, der einem Berater seine Zweifel anvertraute: „Nach all diesen schlaflosen Nächten weiß ich nicht, ob dieses System überhaupt zu uns Polen passt?“ ULRICH SCHMID

Anna Machcewicz: Rebellion. The Shipyard Strikes in Poland and the Birth of Solidarność in August 1980.
Brill Schöningh Verlag, Paderborn 2023. 375 S., 69,- €.